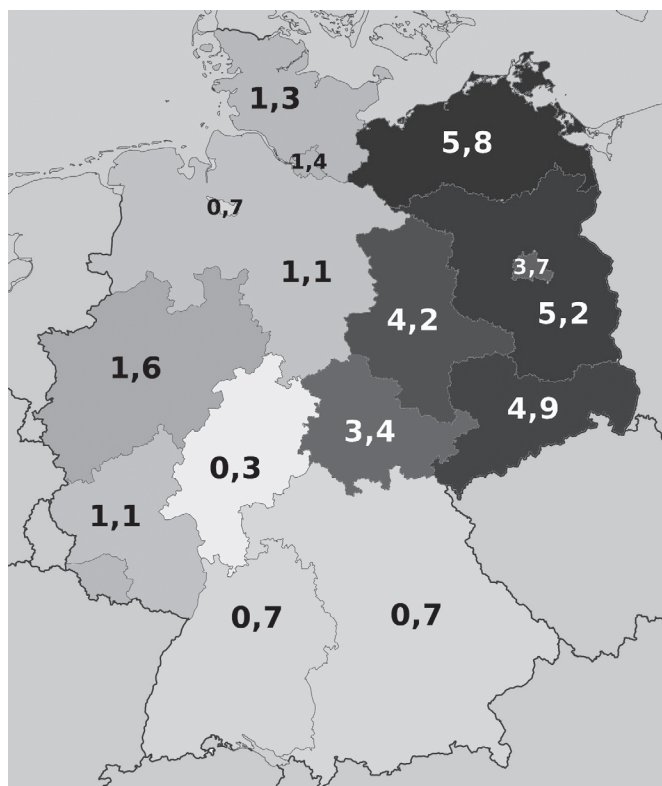


Rassistische Gewalt nimmt weiter zu

Der zweite Schattenbericht der Opferperspektive für das Jahr 2016 erscheint tatsächlich zum Ende des Jahres. Eines Jahres, in dem wir oft nicht genug Zeit hatten, um innezuhalten und zu reflektieren, was gerade geschieht, in Brandenburg, in Deutschland und darüber hinaus. Tatsächlich hat das Jahr 2016 das Team der Opferperspektive an seine Grenzen geführt. Nach der massiven Welle rechter, vor allem rassistischer Gewalt im Jahr 2015 stieg auch in diesem Jahr die Anzahl rassistischer Gewalttaten. Im Verhältnis zur Zahl der Einwohner_innen ist Brandenburg das Land mit der zweithöchsten Zahl an rechten Gewalttaten. Eine Vielzahl von Betroffenen wurde und wird von der Opferperspektive unterstützt. Doch sind die Kapazitäten nahezu ausgeschöpft. Eine weitere quantitative Ausdehnung der Beratungstätigkeit ist nur

noch unter Qualitätseinbußen möglich. Und dabei geht es doch nicht nur um Hilfe für die Betroffenen im Einzelfall, um die Begleitung bei Vernehmungen durch die Polizei oder Zeug_innenaussagen vor Gericht, um die Suche nach Therapieplätzen und das Bemühen um Schadensersatz und Schmerzensgeld. Nötig in der aktuellen Situation ist auch die gesellschaftliche Auseinandersetzung und die Stärkung der sozialen, politischen und rechtlichen Positionen der Betroffenen von rechter und rassistischer Gewalt und Diskriminierung. Der Ausbau der Antidiskriminierungsberatung Brandenburg der Opferperspektive, über deren Arbeit auch in diesem Schattenbericht ausführlich berichtet wird, trägt dazu bei, die hierfür notwendigen zivilgesellschaftlichen Strukturen zu schaffen.



Rechte Gewalttaten pro 100.000 Einwohner_innen in 2015.

Grafik:
Kay Wendel

MONITOR

Im April 2016 wird in Fürstenwalde eine nigerianische Asylbewerberin von einem Nachbarn, der sie schon mehrfach rassistisch beleidigt hatte, angegriffen. Er schlägt ihr so stark ins Gesicht, dass sie schwerste Verletzungen erleidet. Neben einem Jochbeinbruch und Verletzungen im Halsbereich wird ein Auge dauerhaft geschädigt. Ihr zehnjähriger Sohn muss den Angriff auf seine Mutter hilflos miterleben, das belastet beide psychisch schwer. Einen Tag nach der Tat trifft sie den Täter erneut, der sie diesmal mit dem Tode bedroht. Die Wohnungsbau-gesellschaft reagiert sofort richtig und kündigt dem Gewalttäter die Wohnung. Allerdings dauert es, bis er tatsächlich auszieht. Sie trifft ihn aber immer wieder in der Kleinstadt, die sie nicht einfach verlassen kann. Derweil kämpft sie mit den psychischen und physischen Folgen der Tat. Die Kostenübernahme für dringend benötigte Therapien muss aufwändig beantragt werden und wird trotzdem allzu oft abgelehnt.

INHALT

AUS DER ARBEIT DER OPFERPERSPEKTIVE	2
„Am schwersten ist es Emotionen zu vermitteln...“ Interview mit dem Arabischdolmetscher Lafi Khalil	
VOR ORT	3
Protest in Vetschau	
Prozess in Frankfurt/Oder	
MELDUNG	4
Prozess in Nauen	
PUBLIKATION	4
Der Film „Der Kuaför aus der Keupstraße“	
IMPRESSUM	4

“Am schwersten ist es Emotionen zu vermitteln...”

Interview mit dem Arabischdolmetscher Lafi Khalil

Ohne die Unterstützung durch Dolmetscher_innen wäre die Arbeit der Opferperspektive nicht möglich, sind doch viele der von rassistischer Gewalt und Diskriminierung in Brandenburg betroffenen Menschen Migrant_innen, die erst seit kurzem hier sind und oft noch kein Deutsch sprechen. Einer dieser Dolmetscher_innen ist Lafi Khalil, der seit mehreren Jahren für die Opferperspektive Arabisch-Deutsch übersetzt. Für den Schattenbericht haben wir ihn zu seiner Arbeit für die Opferperspektive befragt.

Wie bist Du dazu gekommen für die Opferperspektive zu dolmetschen?

Ich arbeite schon länger als Dolmetscher und Sprachmittler, vor allem für Delegationen aus dem arabischen Raum. Vor einiger Zeit suchte eine Kollegin von Euch über die Freie Universität Berlin einen Dolmetscher. Da wurde ich weiterempfohlen. Ich habe ursprünglich Sozialwissenschaften studiert. Da Sprache meine Leidenschaft ist, habe ich dann noch Fortbildungskurse zum Übersetzen belegt, um als Dolmetscher arbeiten zu können. Ein Anstoß dafür war, dass ich öfter Dolmetscher gesehen habe, die ich nicht so gut fand. Da wurden diverse Fehler gemacht z.B. die eigene Meinung und die der übersetzten Personen vermischt. Das wollte ich besser machen.

Was ist das Schwerste beim Übersetzen?

Am schwersten ist es, Emotionen zu vermitteln. Umgangssprache ist auch nicht einfach, wenn man da wortwörtlich übersetzt, kommt da oft Unsinn raus. Aber das ist die Kunst der Übersetzung, das ist Technik. Emotionen zu übersetzen, ist am schwierigsten. Wie fühlt sich eine Person, wie hat sie sich gefühlt bei dem, was passiert ist, wie fühlt sie sich jetzt beim Erzählen, das adäquat zu ver-

mitteln ist nicht leicht. Man muss ein gewisses Mitgefühl mitbringen, reines technisches Übersetzen reicht da nicht. Besonders wichtig ist das, wenn ich Gespräche für Psycholog_innen übersetze. Ohne eine Vermittlung der Emotionen können diese nur eingeschränkt mit ihren Patient_innen arbeiten.

Apropos Mitgefühl, Du übersetzt für die Opferperspektive Gespräche mit Betroffenen rechter Gewalt. Da geht es oft um psychisch sehr belastende Geschehnisse. Belastet Dich das, nimmst Du das mit nach Hause?

Komischerweise nicht so sehr. Klar, beschäftigt mich das, was ich da übersetze, aber ich nehme da eigentlich nichts mit nach Hause. Ich denke, dass liegt daran, dass ich weiß, dass da jemand ist, der diese Last trägt. Ich bin nur der Mittler, nicht der direkte Ansprechpartner der Betroffenen. Da seid Ihr von der Opferperspektive, die die Betroffenen betreuen. Das beruhigt mich, so muss ich die Probleme der Betroffenen nicht mit mir rumtragen.

Du hast Sozialwissenschaften studiert. Hilft Dir dieser Hintergrund bei Arbeit?

Mein sozialwissenschaftlicher Hintergrund und mein politikwissenschaftliches Wissen erleichtern mir meine Arbeit. Ich kann, wenn ich Sachen übersetze, nicht nur das Wort übertragen, sondern auch bestimmte soziale und gesellschaftliche Hintergründe dazu erklären.

Erlebst Du häufig Missverständnisse zwischen uns und den Klient_innen?

Ja, Missverständnisse gibt es immer. Jeder geht ja von seiner Perspektive aus. Was auf Deutsch total selbstverständlich klingt, muss es auf Arabisch noch lange nicht und umgekehrt. So kommt dann die Situation zustande, dass eine Person einen Satz sagt und ich übersetze sechs

Sätze. Dann sagt die Person, das hab ich nicht gesagt. Das ist richtig, aber das ist die Erklärung dafür, was Du eigentlich gesagt hast. Ich denke, dass ist wichtig, um das Sicherheitsgefühl der Gesprächsteilnehmer zu erhöhen, damit beide Seiten das Gefühl haben, dass was ich gemeint habe, wird auch an die andere Seite weitergetragen.

Wir erleben oft, dass Dolmetscher für unsere Klient_innen mehr sind als bloße Übersetzer. Häufig wenden sich Klient_innen direkt an sie, auch mit Anliegen, die über den Beratungskontext der Opferperspektive hinausgehen. Geht Dir das auch so?

Das geht mir auch so. Zum Teil ist das zwangsläufig. Die Klient_innen können Euch ja nicht direkt anrufen und fragen, sondern sie müssen über mich gehen. Und dann passiert es natürlich auch, dass ich eine WhatsApp-Nachricht kriege mit der Bitte, ein bestimmtes Schreiben zu übersetzen, oder zu erklären, was man in dieser oder jener Situation tun soll. Eigentlich sollte ich als Übersetzer der nicht als eigener Akteur existente Dritte sein. Das ist die Idealform des Übersetzens. Aber das funktioniert nicht in dieser Situation, in der Menschen nicht nur ein konkretes Anliegen haben, sondern sich überhaupt erstmal in diese Gesellschaft hier hineinfinden müssen. Manchmal rufen mich auch Klient_innen an und wollen mit mir plaudern. Manchmal mache ich das auch, weil ich das Gefühl habe, das hilft ihnen. Aber ich versuche, das dann zu trennen und ihnen klar zu machen, das ist nicht Teil meiner Arbeit, sondern, das mache ich jetzt als Privatperson, weil ich Euch nett finde. Das verstehen die Leute dann auch.

Herzlichen Dank für Das Interview und Deine Arbeit

“Es gibt keine Sicherheit für uns in Vetschau und auch nicht im Heim.”

Erklärung von Flüchtlingen in Vetschau vom 23.08.2016

Vetschau ist eine Kleinstadt, gelegen am Rande des Spreewaldes, mit knapp 10.000 Einwohner_innen. Anfang 2016 war die Stadt, wieviele andere Brandenburger Kommunen, mit der Aufgabe konfrontiert, schnell Unterkünfte für die ihr zugewiesenen Flüchtlinge bereitzustellen. In dieser Situation bot der Betreiber einer ortsansässigen landwirtschaftlichen Betrieben an, die Asylbewerber in seiner Unterkunft für Saisonarbeiter_innen unterzubringen. Im Sommer 2016 kamen Berater_innen der Opferperspektive in dieses Heim, weil es in Vetschau mehrere rassistische Angriffe auf

Flüchtlinge gegeben hatte. Im Gespräch mit den Betroffenen stellte sich heraus, dass diesen nicht nur das rassistische Klima in der Stadt zu schaffen macht, sondern auch das Leben im Heim. Auch hier finden sie keine Ruhe, herrschen Stress und Aggressionen. Es fehlte an sauberen Toiletten, stattdessen gab es DIXI-Klos, Campingduschen und ein improvisiertes Essenszelt. Die Verpflegung ist oft gering und schlecht. Trinkwasserversorgung, Postzustellung und Beheizung der Zimmer waren ebenfalls mangelhaft. Mit Unterstützung der Opferperspektive publizierte eine Gruppe von

Flüchtlingen eine Erklärung, in der sie die rassistischen Angriffe, die schlechten Lebensbedingungen im Heim und Schwierigkeiten beim Zugang zu medizinischer Versorgung anprangerten und die Schließung des Heims forderten. Berater_innen der Opferperspektive bemühten sich darum, die Situation, innerhalb wie außerhalb des Heims, publik zu machen. Am 02.09.2016 schließlich versammelten sich etwa 60 Flüchtlinge und Unterstützer_innen zur Kundgebung „Für Menschenwürde - Gegen rassistische Gewalt“ am Bahnhof in Vetschau. Einige der Betroffenen berichteten dort öffentlich von den rassistischen Angriffen auf sie in der Stadt. Außerdem kritisierten sie die Lebenssituation im Heim als nicht menschenwürdig. Zwar gelang es so mediale Aufmerksamkeit für die Anliegen der Flüchtlinge in Vetschau zu schaffen. Die vor Ort verantwortlichen Kommunalpolitiker_innen wiesen jedoch die Kritik zurück und weigerten sich, sich für eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Flüchtlinge stark zu machen. Aufgrund der medialen Aufmerksamkeit und der Proteste sah sich jedoch der Heimbetreiber gezwungen, Zugeständnisse zu machen. So wurden zumindest die sanitären Einrichtungen teilweise verbessert.



Protestkundgebung in Vetschau

Prozess in Frankfurt/Oder

Im März 2015 jagten in Frankfurt/Oder junge Männer fünf syrische Asylbewerber durch die Stadt und verletzten zwei von ihnen schwer. Im Oktober 2016 wurde endlich der Prozess gegen neun Angeklagte, denen vorgeworfen wurde, an dieser Hetzjagd beteiligt gewesen zu sein, eröffnet. Der Prozess war geprägt von einer Vielzahl von Zeug_innenaussagen, die v.a. den Beginn der Hetzjagd, das Aufeinandertreffen der Syrer und einer Gruppe gewaltbereiter Rassisten in einer Bar in Frankfurt/Oder zum Gegenstand hatten. Den wenigen Prozessbeobachter_innen bot sich ein Blick auf ein Milieu junger Menschen, in dem Rassismus

und Gewaltaffinität Hand in Hand gehen. Das teils unbefangene-vergnügte Auftreten der Angeklagten und die offen zur Schau gestellte rechte Gesinnung vieler Zeug_innen ließ erahnen, dass die Täter und ihr Umfeld in ihrem bisherigen Leben kaum Widerspruch erfahren haben, wenn sie sich rassistisch und neonazistisch äußerten. Am Rand des Prozesses versuchten Freunde der Angeklagten die als Zeugen geladenen Syrer und Prozessbeobachter_innen zu bedrohen und einzuschüchtern. Gegen acht Angeklagte wurden am 7. Dezember die Urteile gesprochen. Diese fielen relativ mild aus. Ursächlich dafür waren zum einen Pro-

bleme in der Sachverhaltsfeststellung, die sich aus der langen Wartedauer bis zum Prozessbeginn und dem Tod eines mit den Ermittlungen in diesem Fall betrauten Polizisten ergaben. Zum anderen konnte nach Ansicht des Gerichtes nicht festgestellt werden, ob hinter der Tat eine generelle rassistische Motivation oder nur eine „vorübergehende Fremdenfeindlichkeit“ stand. Der von Lokalpresse und Kommunalpolitik größtenteils ignorierte Prozess hätte ein Anlass sein können, sich mit dem manifesten Problem rechter Gewalt in Frankfurt/Oder auseinanderzusetzen. Spätestens mit diesem Urteil dürfte die Gelegenheit verstrichen sein.

MELDUNG

Prozess wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung, schwerer Brandstiftung und Sachbeschädigung in Nauen

Seit dem 24. November wird vor dem Landgericht Potsdam die Anklage den NPD-Kommunalpolitiker Maik Schneider und fünf weitere Angeklagte ver-

handelt. Einer von ihnen stand schon vor elf Jahren als Mitglied der terroristischen Gruppe „Freikorps Havelland“ vor Gericht. Ihnen wird zur Last gelegt, in Nauen im Landkreis Havelland eine kriminelle Vereinigung gebildet zu haben, um Straftaten mit „ausländerfeindlichem“ Hintergrund zu begehen. Dazu

gehören Farb-Anschläge auf Büros der Linkspartei und mehrere Brandanschläge, so auf eine als Flüchtlingsunterkunft vorgesehene Turnhalle im August 2015. Diese brannte nieder, es entstand ein Sachschaden von 3,5 Millionen Euro.

PUBLIKATION

Der semi-dokumentarische Film „Der Kuaför aus der Keupstraße“ von Andreas Maus aus dem Jahr 2015 schildert die Geschichte des 2004 durch den NSU verübten Nagelbombenanschlags von Köln und stellt dabei konsequent das Erleben der Betroffenen in den Mittelpunkt der Erzählung. Eindrücklich schildern diese, z.B. der Besitzer des Friseursalons Özcan Yildirim, vor dessen Laden die Bombe platziert wurde, sein Bruder Hasan Yildirim, ihre Familien sowie ihre Freunde und Kunden Abdulla Özkan und Atilla Özer, wie sie von Polizei und Medien jahrelang als Hauptverdächtige behandelt und zu Täter_innen verkehrt wurden. Neben den persönlichen Erzählungen der Opfer verdeutlichen szenische Nachstellungen der originalen polizeilichen Verhörprotokolle durch Schauspieler_innen, dass für die Behörden und Ermittler_innen ein rassistisches Motiv nie in Betracht gezogen wurde. Auch die durch diese Kriminalisierung und rassistische Ermittlungspraxis hervorgerufenen Verdächtigungen aus dem eigenen sozialen Umfeld, die den Betroffenen in den Jahren nach dem Anschlag

entgegen schlugen, rücken dadurch in ihren Folgen für die Opfer in das Blickfeld. Erst mit der Selbstenttarnung des NSU 2011 änderte sich die Perspektive auf die Betroffenen, es folgte eine zeitweise intensive öffentliche und staatliche Aufmerksamkeit, die im Besuch der Keupstraße durch den Bundespräsidenten Joachim Gauck im Jahr 2014 gipfelte – auch hier legt der Film den Fokus auf die unterschiedlichen Empfindungen, die diese Erinnerungs- und Gedenkpolitiken bei den Betroffenen auslös(t)en. Der „Kuaför aus der Keupstraße“ schafft es, die Geschichte des Keupstraßenanschlags auf eine Weise zu erzählen, in der dies bisher nicht erfolgt ist. Ibrahim Arslan, der 1992 den Brandanschlag auf das Haus seiner Familie in Mölln überlebte, beharrte im November auf einer im Rahmen des 5. Jahrestags der NSU-Enttarnung stattfindenden Podiumsdiskussion zum Thema „Gedenken und Kämpfen“ auf einem Grundsatz, an dem sich zumindest also dieser Film erfolgreich orientiert: „Opfer sind keine Statist_innen, sondern Hauptzeug_innen des Geschehens!“

„Der Kuaför aus der Keupstraße“; Regie: Andreas Maus; Deutschland 2015; 92 Min.; Sprachen: Deutsch, Türkisch; Untertitel: Deutsch, Türkisch; Preis: 17,90 €; EAN: 4015698006131



IMPRESSUM



Opferperspektive e. V.
Rudolf-Breitscheid-Straße 164
14482 Potsdam
Telefon: 0331 8170000
Telefax: 0331 8170001

E-Mail: info@opferperspektive.de
Internet: www.opferperspektive.de

Redaktion: Hannes Püschel

Spendenkonto 3813100
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ: 10020500
IBAN: DE34100205000003813100